



<https://biz.li/32n1>

BÜRGERMEISTERIN WENDT FORDERT UMSETZUNG VON GEPLANTEM NEUBAU DES KRANKENHAUSES GROSSBURGWEDEL

Veröffentlicht am 30.05.2023 um 12:36 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Die Mehrheitsentscheidung der Regionsversammlung für die Medizinstrategie 2030 erscheint für das KRH und den Krankenhausstandort Großburgwedel zunächst einmal als eine gute Nachricht", stellt Burgwedels Bürgermeisterin Ortrud Wendt fest. "Ich bin überzeugt, dass der bereits seit mehreren Jahren in Planung befindliche Klinikneubau am Standort Großburgwedel kommen muss. Er ist für die Bevölkerung im Nordosten der Region Hannover aus Gründen der Versorgungssicherheit unbedingt erforderlich," erklärt Wendt. Bereits die aktuell geltende Medizinstrategie sieht einen Klinikneubau in Großburgwedel vor. "Dieser wird auch in der nun verabschiedeten Medizinstrategie 2030 bestätigt", so Wendt. Gleichwohl zeigt sie sich besorgt, dass die nun in den Beschluss eingefügte



Großburgwedel soll Krankenhausstandort bleiben.

"Öffnungsklausel" zur Prüfung einer landkreisübergreifende Neubaulösungen den Krankenhausstandort Großburgwedel und damit auch das Neubauvorhaben akut gefährde. Der Aufsichtsratsvorsitzende Regionspräsident Steffen Krach hatte angekündigt, sehr kurzfristig das Gespräch mit Vertretern aus Landkreis und Stadt Peine über einen gemeinsamen Klinikneubau an einem deutlich weiter östlich liegenden Standort zu suchen. "Ich hoffe, dass sich das Land Niedersachsen beziehungsweise der Krankenhausplanungsausschuss des Niedersächsischen Sozialministeriums der Sichtweise der Mehrheit der Regionsversammlung anschließt und sich die Argumente der Medizinstrategie 2030 mit der fachlichen Begründung für einen Schwerpunktversorger in Großburgwedel ebenfalls zu eigen macht," betont Wendt. "Für die Bevölkerung im Nordosten der Region Hannover und den angrenzenden ländlich geprägten Räumen ist eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige stationäre medizinische Versorgung zwingend vorzuhalten. Das ist der Kern der örtlichen Daseinsvorsorge des Staates", stellt Wendt abschließend fest.